

Frau Merkel hat mitgestochen

Rouven L. ist tot. Der Polizeibeamte war in der Mannheimer Innenstadt mutig dazwischen gegangen, als der 25-jährige Afghane Sulaiman A. den bekannten Islam-Kritiker Michael Stürzenberger auf offener Straße angegriffen und verletzt hat. Stürzenberger wurde zweieinhalb Stunden lang operiert, bevor die Ärzte Entwarnung geben konnten, weitere Menschen wurden ebenfalls verletzt.

Doch Rouven L. ist tot, das Leben eines 29-Jährigen ausgelöscht - im Dienst für uns alle.

Wie oft wollen wir noch trauern um Opfer wie diesen Mann? Wie oft wollen wir noch lesen oder Videos im Internet sehen von Messer-Opfern, getötet oder auch schwer verletzt von Menschen, die in unser Land gekommen sind, denen wir eine Perspektive für die Zukunft bieten, deren Lebensunterhalt, deren Wohnungen wir bezahlen, auch wenn sie kein Recht haben, sich in Deutschland aufzuhalten, aber dennoch aus Rücksicht auf Grüne und Rote an den Schalthebeln der Macht „geduldet“ werden?

Sie alle haben es aktiv befeuert oder zumindest geduldet

Damit komme ich zu Frau Merkel, diese Frau, die erst die CDU und dann Deutschland herunter gewirtschaftet hat. Und die man heute noch beklatschen würde auf CDU-Veranstaltungen, wenn sie noch hinginge.

Sie hat im September 2015 die deutschen Grenzen geöffnet für Jedermann. Nicht nur für die 20.000 Flüchtlinge, die sich über Budapest zu Fuß auf den Weg aufgemacht hatten, sondern monatelang geöffnet für mehr als 1,5 Millionen vornehmlich junge Männer, viele ohne Ausweis aber mit Smartphones. Traumatisiert waren sie angeblich. Diese Entscheidung, die Merkel damals höchstpersönlich in einem Telefonat mit Kollegen Feymann aus Österreich traf, war der Auslöser für alles, was bis heute in diesem Land passiert. Und Ministerpräsidenten hängen dieser Frau Orden um den Hals. Man kann gar nicht so viel essen, wie man sich übergeben möchte.

+++Unabhängig berichten ist nur möglich, wenn wir auch unabhängig sind+++Dazu brauchen wir Geld+++Bitte spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8525 18 für meine Arbeit+++

Und, ich wiederhole es immer wieder, es geht nicht gegen DIE Ausländer, Flüchtlinge, Migranten. Es geht um die, die uns verachten, die Frauen wie Tiere halten, die töten und vergewaltigen, die in ihren Kellern Anschlagziele auswählen und Sprengstoffwesten basteln und Macheten schärfen, um „Ungläubige“ zu töten. Nicht Migranten von den Philippinen oder aus Indien sind unser Problem, nicht Polen oder Ukrainer, auch nicht Türken oder Syrer, die unsere Gesetze und Traditionen achten, die hier arbeiten und ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften.

Sondern die, deren Asylstatus nach einem rechtsstaatlichen Verfahren abgelehnt wurde. Die, die in unserem Land schwerste Verbrechen begehen, wie dieser Herr Sulaimann, ein Mörder aus Afghanistan.

Darf man, kann man Frau Merkel persönlich dafür verantwortlich machen? Für den ermordeten Rouven, für die vergewaltigte und ermordete Maria aus Freiburg, für die Hunderten Todesopfer seit 2015 durch Migrantengewalt?

Man muss es sogar

Es ist höchste Zeit, die Dinge klar zu benennen und die Schuldigen beim Namen zu nennen, am besten zur Verantwortung zu ziehen.

Als am 11. April 1968, kurz nach 16.30 Uhr, Rudi Dutschke auf dem Kurfürstendamm in West-Berlin, in der Nähe der Geschäftsstelle des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS), von einem Attentäter angesprochen und durch drei Schüsse schwer verletzt wurde zogen Tausende durch die Straßen uns riefen „BILD hat mitgeschossen“.

In einer freien Gesellschaft können wir auch heute mit Fug und Recht sagen, dass Merkel „mitgestochen“ hat, die Frau, mit deren persönlicher Entscheidung dieser ganze Irrsinn begann.

Unsere Grundversorger wieder....

Wenn Sie bei X (Twitter) dem NDR folgen, dann bekommen Sie schöne Einblicke in die Bewusstseins-Welt der Mitarbeiter des Staatssenders.

In einem Thread, in dem es um die Vorzüge der Massenmigration geht, erlauben sich einige Follower - wir würden Leser oder Zwangsgebührenzahler sagen - eigene thematische Anregungen zu unterbreiten. Zum Beispiel, dass man doch auch mal Gruppenvergewaltigungen oder Messerkriminalität zum Thema machen könnte.

Die Antwort der NDR-Fachkräfte ist darauf jeweils ein Langeweile- Smiley.

Klar, Tote, Verletzte, Vergewaltigte sind ja langweilig, wenn die Täter die passenden sind....

Während die deutsche Regierung weiterhin den imaginären „Kampf gegen Rechts“ pflegt, zeigt unser Nachbarland Niederlande, dass man auch rechts Wahlen gewinnen kann, wenn man es wagt, das

vorherrschende Problem in einer Bevölkerung nicht nur beim Namen zu nennen, sondern konkrete Lösungen anzubieten. Nach stundenlangen Nachtsitzungen hat sich die neue rechtskonservative Regierungskoalition von Geert Wilders heute auf die zukünftige politische Ausrichtung unseres Nachbarlandes geeinigt. Im Mittelpunkt steht dabei eine 180-Grad-Wende bei der Asylpolitik. „Wir schreiben heute Geschichte“, versprach Wilders, der nicht selbst Regierungschef wird, in Den Haag und kündigte „die strengste Asylpolitik, die es jemals gab“ an.

Wörtlich ist im Koalitionsvertrag der vier Partnerparteien festgeschrieben:

„Es werden konkrete Schritte unternommen hin zu den strengsten Asylregeln, die je verabschiedet wurden, und zum umfassendsten Paket von Maßnahmen, die je zur Kontrolle der Migration ergriffen wurden.“

Dazu gehört, den Asylstatus zeitlich zu begrenzen, dazu gehören Einschränkungen bei der Sozialhilfe und beim Familiennachzug. Und, ganz wichtig: Menschen ohne gültige Aufenthaltsgenehmigung sollen „notfalls mit Gewalt“ abgeschoben werden.

Gerade die Niederlande haben in langen Jahren links-bürgerlicher Regierungen erleben müssen, wie der unregelmäßige Massenzug von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis eine freiheitliche, liberale Gesellschaft an den Abgrund führen kann. So versuchte die damalige Regierung der christdemokratischen VVD unter Mark Rutte schon seit 2016 afrikanischen Staaten bei der Migrationskontrolle und den Abschiebungen die Pistole auf die Brust zu setzen. Um keine Wirtschaftsmigranten mehr reinzulassen, schlug Rutte eine „Mischung aus positiven und negativen Anreizen“ in der Afrikapolitik der EU vor. Afrikanische Staaten, die effektiv mit der EU zusammenarbeiten, sollten belohnt werden. Wer sich der Zusammenarbeit verweigert, müsse mit Konsequenzen rechnen.

Doch ernste Konsequenzen blieben dann doch aus, weil die Mächtigen in der europäischen Gemeinschaft eine andere Agenda verfolgten und bis heute verfolgen.

Sozialisten und Grüne im Gleichschritt mit Teilen der Europäischen Volkspartei (EVP), also der christdemokratischen EU-Familie, beförderten die Masseneinwanderung nach Europa aktiv. Die Zeche bezahlten vornehmlich Deutschland, auch Österreich und Schweden. Aber starke Länder wie Frankreich oder damals Großbritannien tauchten ab, die Osteuropäer - Polen und Ungarn voran - verweigerten sich dem Merkelschen Irrsinn von Beginn an.

Beim Thema EU drohen die größten Hürden für die Wilders-Regierung

Die neue Koalition kündigte heute an, „so schnell wie möglich“ einen Antrag bei der Europäischen Kommission einreichen, um als Nationalstaat von der europäischen Asylpolitik abweichen zu können. Da werden schon jetzt mit grimmigem Gesicht viele Arme in Brüssel verschränkt. Niemand im Hause von der Leyen freut sich über die neuen Entwicklungen in Europa. Über die Wahlerfolge der Regierungen in Stockholm, Rom und Budapest. Und jetzt Den Haag.

Europa hat mit einem atemberaubenden Comeback der Nationalstaaten begonnen. Mit Ausnahme von Polen ist überall in den EU-Staaten ein deutlicher Stimmungsumschwung nach rechts festzustellen. Und was passiert? Sie machen es gut, teilweise sehr gut. Man traut seinen Augen kaum, wenn man Frau Meloni von der postfaschistischen Fratelli d'Italia beim Teetrinken mit EU-Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen sieht. Dieselbe Frau von der Leyen aus der CDU, die Merkels Migrationskatastrophe 1:1 mitgetragen hat.

Sehen Sie bei der irgendwelche „Brandmauern“, die ihr Parteichef in Berlin ausruft?

So wie Deutschland seit Jahren unfähig ist, die illegale Massenmigration in unsere Sozialsysteme wenigstens zu stoppen, geschweige denn abgelehnte Asylbewerber konsequent abzuschieben, so ist die deutsche Rechte bis heute unfähig, in der Realpolitik anzukommen. Immer wieder Grenzüberschreitungen, nur irgendwie dagegen sein gegen Etablierte und „System“ – das ist kein Zukunftsmodell.

Auch Fidesz, Schwedendemokraten und Fratelli sind eurokritische Parteien. Wollen den Umerziehern, Sozialisten und Bürokraten in Brüssel nicht nur auf die Finger schauen, sondern auch spürbar auf die Finger klopfen. Aber sie wollen nicht raus aus der EU, sie stellen die europäische Gemeinschaft nicht in Frage.

Unvergessen dagegen der einflussreiche Thüringer AfD-Landeschef Björn Höcke, der beim Europaparteitag seiner Partei in die Kameras sprach: *„Die EU muss sterben, damit das wahre Europa leben kann.“* Und noch rabiater die AfD-Politikerin Christine Anderson, die ihre Bewerbungsrede in Magdeburg die EU als ein „einziges Irrenhaus“ und „nicht reformierbar“ bezeichnete. Zum Schluss kippte fast ihre Stimme: *„Dexit, jetzt gleich und sofort!“*

Das kommt an beim AfD-Parteivolk, die Anderson für ihre teils wirre Rede auf Platz 4 der Kandidatenliste wählte.

Und alle die, die für derartig kräftige Worthülsen ihrer Kandidatin klatschten und stimmten, wundern sich und sind dann total betrübt, dass keine andere Partei mit ihnen, mit der AfD, kooperieren will. Es wäre aber gerade Sache der AfD selbst, die Voraussetzungen für ein entspannteres Verhältnis zu anderen Parteien zu schaffen.

In Brüssel ist es ein offenes Geheimnis auf rechten Fluren des EU-Parlaments, dass insbesondere die einflussreiche Marine Le Pen vom *Rassemblement National* starke Vorbehalte hat, nach der Europawahl die deutsche AfD-Delegation überhaupt noch in die rechte ID-Fraktion aufzunehmen. Bedenken gibt es auch bei anderen rechten Parteien in Europa wegen den China- und Russland-Verbindungen führender Europa-Politiker der AfD.

Man muss nicht Putin huldigen, wenn man politisch rechts steht

Das sehen auch viele Rechte und Konservative im EU-Parlament so. Gerade, wenn man ein Europa der

Vaterländer will, gerade wenn man die europäischen Errungenschaften und Traditionen bewahren will, darf man sich nicht anderen Mächten unterordnen. Europa muss selbstbewusst auftreten, als eine Gemeinschaft souveräner Staaten. Und: Wenn man an den Tischen der Macht Platz nehmen will, dann muss man sich vergewissern, für was und wo man steht. Und Europa, die Staaten der EU, sind eindeutig Teil des Westens.

Das haben die Rechten in Schweden, Ungarn, Italien und den Niederlanden längst begriffen. In ihrem Koalitionsvertrag bestätigen sie, dass die Niederlande ein „konstruktiver Partner“ in der EU bleiben werde. Und natürlich werde die Ukraine auch von der neuen Regierung „politisch, militärisch, finanziell und moralisch“ unterstützt.

Flüchtlinge als Waffe gegen den Westen

Finnland verlängert die Schließung seiner Grenzübergänge nach Russland auf unbestimmte Zeit. Die Regierung hatte im Februar die Grenzschießung zunächst bis zum 14. April befristet. Finnland hatte seine Landgrenzen zu Russland zuvor geschlossen, da die Zahl der Flüchtlinge aus Ländern wie Syrien und Somalia plötzlich auffällig zunahm.

Die Regierung in Helsinki beschuldigt Russland, Migration als Waffe gegen das neue NATO-Mitglied Finnland einzusetzen. Diese Art der hybriden Kriegsführung hatte Moskau vorher auch schon an den Grenzen zu Polen versucht.

New York kann Massenmigration nicht mehr bewältigen

Die amerikanische Metropole New York steht zum Jahreswechsel vor dem Kollaps. Grund ist der Zustrom von Migranten und Flüchtlingen in den vergangenen 18 Monaten. Mehr als 150.000 aus mittel- und südamerikanischen Ländern wie Venezuela sind in die Stadt gekommen, ein Ende ist nicht absehbar. „Lasst es mich euch sagen, New Yorker, noch nie in meinem Leben hatte ich ein Problem, wo ich das Ende nicht gesehen habe – aber ich sehe hier kein Ende“, formulierte das New Yorks Bürgermeister Eric Adams, ein Demokrat wie Präsident Joe Biden. Dessen Politik hat die Schleusen für alle geöffnet – so wie in Deutschland einst Merkels Politik, die von der Ampel-Regierung in Berlin bis heute nahtlos fortgesetzt wird.

Wo steht Deutschland im Jahr 2050?

Neben Familie und Job brauchen Männer auch mal Zeit mit ihresgleichen. Ältere auf jeden Fall. Ein Abend mit Rotwein, Grillfleisch, im Sommer gern mit Feuerkorb, und dann mal offen reden. Herrlich. Ich muss sagen, ich liebe solche Stunden inzwischen wirklich. Und ich habe auch kein schlechtes Gewissen von wegen Diskriminierung und Sexismus.

Denn ich weiß ja, dass es auch die „Sektchen“-Runden der holden Weiblichkeit gibt. Und das ist absolut in Ordnung, lasst die ratschen, wir tun es auch.

Einige meiner besten Freunde leben in Düsseldorf und Umland, und irgendwann vor ein paar Jahren haben wir mal die Grillhütte meines wunderbaren Freundes „Wolfi“ entdeckt. Eine Grillhütte, ein Holzhaus im Garten, aber mit einer Feuerstelle in der Mitte, Rost drüber, Rindfleischbrocken drauf, Knoblauchbrot, einer von uns isst geschmorte Zucchini und Paprika dazu – fertig. Und ein, zwei, drei Gläschen französischen Rotweins natürlich. Mehr brauchen Männer im Grunde nicht, um glücklich zu sein.

Am Samstag vor dem dritten Advent 2023 war es wieder so weit

Und der Verlauf ist immer ähnlich. Holzkohle vorglühen, dazu ein Helles oder Pils, auf keinen Fall Kölsch. Dann essen und danach einer nach dem anderen: Wie war Dein Jahr so? Ich freute mich nach drei eher nicht so guten Jahren auch wieder einmal Positives erzählen zu können. Beruf, Geschäft, Familie. Wie läuft's mit dem Freund Deiner Tochter? Ja, es gibt immer etwas zu erzählen, und langweilig ist es nie.

+++Am Jahresende ist immer Kollekte+++Dieser bürgerlich-konservative Blog lebt durch Ihre Beiträge+++Intellektuell wie finanziell+++Bitte seien Sie wieder großzügig bei Ihrer Weihnachtsspende für ein wenig mehr Meinungsfreiheit in Deutschland+++Spenden Sie über PayPal @KelleKlaus oder Überweisung auf mein Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Wenn jeder einmal an der Reihe war, kommt Marcs Einatz

Er hat immer ein paar anständige Zigarren dabei, Cutter und Flammenwerfer. „Jetzt mal was Ernstes, Jungs...“ beginnt er dann, und jeder ums Feuer weiß: Nun beginnt der politische Teil.

Dazu muss man sagen, niemand von uns würde jemals in Versuchung kommen, Rotes oder Grünes zu wählen. Eigentlich waren wir früher sowas, was man CDU-Stammklientel nennen könnte. Aber die Zeiten

haben sich verändert, seit Frau Merkel einst ihr großes Zerstörungswerk an der Union und an unserem wunderbaren Land begonnen hat.

„Wie seht Ihr Deutschland im Jahr 2050?“

Das wollte „Wolfi“ von uns wissen, und an dieser kleinen Frage entzündete sich sofort eine lange, kluge und spannende Diskussion. Um es vorweg zu nehmen: Das Spiel endete 2:2. Zwei meiner Freunde waren eher positiv gestimmt nach dem alten kölschen Motto „Et hätt noch imma joot jejeange“. Beide – das gefiel mir – begründeten ihre Hoffnung aber explizit mit ihrem christlichen Glauben. Da gibt es noch einen, der letztlich über uns alle wacht.

Das glaube ich ja auch, aber einer und ich sehen eher düster in die Zukunft Deutschlands und der Deutschen.

Klar bekam die schlechteste Bundesregierung aller Zeiten – die aktuelle – ihr Fett ab. Klar ging es um den Mächtigen-Imperator im Kreml und seinen dämlichen und blutigen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Und ist Herr Jingping vielleicht versucht, sich Taiwan einzuverleiben bis zum Jahresende, da der Westen mit Ukraine und Gaza-Krieg beschäftigt ist?

Aber das beherrschende Zukunftsthema ist und bleibt die Massenmigration

Und zwar die Massenmigration in unsere Sozialsysteme, die islamistischen Invasoren mit Macheten und immer ein fröhliches „Allahu Akbar“ auf den Lippen. Diese Leute müssen hier raus! Alle! Schnell! Da waren wir uns einig. Aber auch dabei, dass wir im Grunde gar kein Migrationsproblem in Deutschland haben.

Gibt es hier flächendeckend Probleme mit Chinesen oder Vietnamesen, mit Polen und Ukrainern? Ganz im Gegenteil. In der Breite auch mit den vielen Türken nicht, die lange hier leben und arbeiten. Dass die meisten eine andere Religion haben als ich und wir – geschenkt. Wir haben Religionsfreiheit in Deutschland, und wer sich an die gesellschaftlichen Regeln hält, kann hier seinen Glauben auch unbehelligt leben.

Das Problem sind die Hunderttausende und mehr jungen muslimischen Männer aus den islamistischen Steinzeitgesellschaften wie Afghanistan, aus islamisch geprägten Staaten wie Irak, Iran, Syrien und aus Nordafrika. Die hier nicht arbeiten und sich integrieren wollen, sondern die Geld und ein arbeits- und sorgenfreies Leben haben wollen.

Und genau wegen dieser Einstellung wollen wir diese Leute nicht hier bei uns haben. Nicht, weil sie eine andere Hautfarbe haben, eine andere Sprache sprechen und einen anderen Glauben leben, sondern weil sie abzocken wollen, ohne etwas zu leisten. Und ein Teil auch noch Gesetze bricht.

Wie bekommen wir die wieder raus?

Gute Frage. Mit einer rot-grün-gelben Bundesregierung sicher nicht. Mit einer anderen vermutlich auch nicht. Grenzen schließen wäre mal ein Anfang, Hunderttausende abgelehnte Asylbewerber konsequent in ihre Heimatländer abschieben, wäre auch schön. Und was? Die wollen die gar nicht zurückhaben? Dann konsequent wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklungshilfe streichen! Ankerzentren für Asylbewerber an den EU-Außengrenzen schaffen, damit Bewerber nicht einfach hier reinmarschieren, obwohl von vornherein klar ist, dass sie kein Bleiberecht bekommen, sich das aber nehmen, was in dieser Pussy-Gesellschaft ganz einfach ist.

Der Abend verging im Fluge. Thilo Sarazzin hat es vorgerechnet. Bei der demografischen Entwicklung derzeit, wird Deutschland in spätestens 30 Jahren ein mehrheitlich muslimisches Land sein. Nein, ich bin ganz und gar nicht positiv gestimmt mit Blick auf das Jahr 2050 und Deutschland.

„Bedauerlicher Einzelfall“ heute: Schläge am S-Bahnhof

Mit Bildern aus einer Überwachungskamera hat die Berliner Polizei JETZT die Öffentlichkeitsfahndung gestartet. Im Juli (!) hatten diese beiden „jungen Männer“ einen 16-Jährigen überfallen, geschlagen, getreten und ausgeraubt.

Konkret: Das Opfer verließ am 21. Juli gegen 15.50 Uhr am Bahnhof Adlershof die S-Bahn – zur falschen Zeit am falschen Ort.

Die Angreifer rissen dem 16-Jährigen von hinten die Beine weg und stießen ihn zu Boden. Dann traten sie dem Jungen ins Gesicht und gegen den Hinterkopf. Das Opfer wurde zeitweise bewusstlos, erlitt schwere Verletzungen im Gesicht und am Oberkörper. Mit dessen Smartphone und Geldbörse flüchteten die „jungen Männer“.

Am selben Tag gegen 16 Uhr schlugen die Tatverdächtigen auf dem Gehweg in der Schnellerstraße 105 in Niederschöneweide noch einmal zu. Sie begannen ein Gespräch mit einem Mann und einer Frau, schlugen dem Mann dann ins Gesicht und verletzten ihn.

Der dunkelhaarige Gesuchte ist etwa 15 bis 20 Jahre alt, circa 185 cm groß und hat eine kräftige Statur. Der Blonde wird ebenfalls auf 15 bis 20 Jahre geschätzt, ist etwa 180 cm groß und hatte einen Gipsverband am rechten Handgelenk.

Hinweise nimmt die Polizei unter den Rufnummern (030) 4664-373310, (030) 4664-371100 entgegen sowie per E-Mail an dir-3-k-33@polizei.berlin.de.

Soweit Alltag in Berlin. Bleibt für mich die Frage: Weshalb hat man das Foto von den Tätern nicht schon am 21. Juli abends veröffentlicht? Wie viele weitere Körperverletzungen hat es gegeben, weil die Schläger immer noch frei in Berlin herumlaufen?

+++Das Jahr ist bald zuende, unsere Kassen sind leer+++Bitte spenden Sie für unsere Arbeit im kommenden Jahr über PayPal @KelleKlaus oder per Überweisung auf unser Konto DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Auch die Niederlande wählen Rechts: Wann begreift Berlin eigentlich, was passiert?

Geert Wilders hat mit seiner Partei für die Freiheit PVV gestern bei der Parlamentswahl in den Niederlanden 36 Sitze (von insgesamt 150) gewonnen. Der sogenannte und viel geschmähte Rechtspopulist ist damit der grosse Sieger, hat den Stimmenanteil seiner Partei im Vergleich zur vergangenen Wahl verdoppelt.

Nun will er regieren, kündigte Wilders gestern Abend an. Klar, was sonst? Aber das wird natürlich kein Selbstläufer, denn die etablierten Parteien wollen wie in anderen Ländern die lästige Konkurrenz von rechts nicht an die politischen und finanziellen Tröge heranlassen.

Hollands bisheriger Dauer-Regierungschef Mark Rutte, seit 13 Jahren im Amt, ist ein Christdemokrat. Seine Partei (VVD) verlor - mit der eloquenten Spitzenkandidatin Dilan Yesilgöz zehn Sitze und liegt nun auch hinter Wilders. Vor der Wahl hatte sie angekündigt, nicht in eine Regierung eintreten zu wollen, in der auch Geert Wilders am Tisch sitzt. Aber - und da können die deutschen Christdemokraten etwas lernen - sie hat Koalitionsgespräche mit den Rechten nicht ausdrücklich ausgeschlossen.

Man darf doch die Realitäten nicht ignorieren

Auch nicht in Deutschland. DAS entscheidende Thema unserer Zeit in Deutschland, wie in den Staaten der Europäischen Union, ist die Massenzuwanderung, grösstenteils von Menschen aus dem islamischen Kulturkreis. Es ist eine immense Kostenbelastung für die arbeitende und steuerzahlende Bevölkerung, es ist ein gigantischer Betrug, denn jeder weiß, dass mindestens drei Viertel der ankommenden „jungen Männer“ nicht die geringste Aussicht haben, nach unseren Gesetzen, hier sein zu dürfen. Aber es ist ihnen vollkommen egal. Denn:

Sie wissen, dass eine Mehrheit der politischen Verantwortungsträger die Gesetze zu brechen bereit sind

Sie dulden die, die nicht duldbar sind. Die lassen 305 000 von deutschen Gerichten rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber einfach hier wohnen, finanzieren ihre Unterkunft und ihre Handykosten mit unserem Geld, verbieten ihnen sogar zu arbeiten für den eigenen Lebensunterhalt, dulden die offene Missachtung unserer Gesetze und Traditionen.

Und regen sich dann auf, wenn immer mehr Menschen rechts wählen.

Ja, was denn sonst, wenn man als Bürger sieht, wie das eigene Land bewusst und gewollt heruntergewirtschaftet wird? Was soll man denn dann tun? Olaf Scholz wählen oder die Grünen?

Und kommen Sie mir nicht mit der Union!

Über Jahrzehnte war die CDU meine politische Heimat. Ohne gross nachzudenken, ging ich Wahl um Wahl in die Stimmkabinen und kreuzte CDU an. Und dann kam Frau Merkel, die CDU-Vorsitzende und Bundeskanzlerin, die unserem Land und ihrer Partei Schaden zugefügt hat, wie niemand zuvor. Es war diese Frau, die 2015 die Grenzen öffnen liess für den unregulierten Massenzug von inzwischen über zwei Millionen Menschen, jungen Männern, von denen viele nicht mit einem modernen Staat wie Deutschland kompatibel sind.

Jeder sieht das, jeder weiß das.

Und keiner ist in der Lage oder auch nur willens, diesen Irrsinn zu stoppen. Und statt Frau Merkel zur Verantwortung zu ziehen, sie vor Gericht zu stellen, holt man (Scholz) ihren Rat ein und behängt sie mit Orden und Auszeichnungen (Wüst, Söder).

Viele Publizisten wie ich selbst schreiben und reden seit Jahren gegen diesen Irrsinn an. Warnen, mahnen und appellieren und betteln die Union an, etwas zu tun, diesen Wahnsinn zu stoppen. Aber sie sind unfähig, arbeiten sich an der AfD ab.

Am Tag, als palästinensische Hass-Demonstrationen gegen Israel in deutschen Städten stattfanden, entblödete sich CDU-Ministerpräsident Wüst in NRW nicht, die AfD zur „größten Gefahr für unsere Demokratie“ zu erklären.

Und all die Warner und Mahner? Wir wurden einfach zu „Rechten“ erklärt, mit denen man nicht spricht, auf die man nicht hört. Hätten all die Klugscheisser in politischer Verantwortung das mal getan damals. Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben, sagte Gorbatschow einst. Das gilt auch heute. In Italien, Schweden, Niederlanden und demnächst auch vor ihrer Haustür hier in Deutschland.

Das Totenglöcklein läutet für die FDP

Die Auftritte von FDP-Chef und Bundesfinanzminister Christian Lindner sind in aller Regel unterhaltsam. Will sagen: Man hört ihm gerne zu, weiß aber gleichzeitig, dass außer rhetorischen Luftblasen nichts passieren wird. Beim traditionellen „Ständehaus-Treff“ in Düsseldorf sagte Lindner jetzt

„Wer Sympathie mit Terrororganisationen hat, wer Gewalttaten auf unseren Straßen verherrlicht, muss mit Konsequenzen des Rechtsstaates rechnen.“

Schöner Satz, oder? Aber wo sind sie denn, die Konsequenzen des Rechtsstaates? Jetzt, wo Horden junger Araber durch deutsche Großstädte ziehen und „Allahu Akbar“ skandieren und „Tod Israel!“?

NRW-Ministerpräsident und First Schwiegersohn der CDU, Hendrik Wüst, hat doch vor nicht allzu langer Zeit verkündet, sein Bundesland werde abgelehnte Asylbewerber nicht mehr abschieben. Und solche Gestalten kritisieren dann die Bundesregierung für ihre Flüchtlingspolitik? Wer glaubt Leuten wie Wüst noch irgendetwas?

+++Lesen Sie gern politische Analysen?+++Dann unterstützten Sie meine Arbeit mit Ihrer Spendeüber PayPal @KelleKlaus oder mit einer Überweisung auf DE18 1005 0000 6015 8528 18+++

Aber zurück zum FDP-Vorturner. Nicht wenige von uns haben ja gedacht, wenn die FDP in die Bundesregierung eintritt, dann würden die Liberalen schon das Schlimmste verhindern, was von Roten und Grünen geplant werde. Aber die Wahrheit ist: die FDP verhindert gar nichts, sie macht alles mit. Wirklich alles. Mal ein bisschen Schattenboxen fürs Wahlvolk, aber sonst ein Totalausfall. Einziger Lichtblick ist übrigens da Frau Strack-Zimmermann.

Dabei müssten dem Magenta-Parteivolk doch allerspätestens nach dem Desaster bei den jüngsten Landtagswahlen in Hessen und Bayern klar sein, dass sie sich auf einer rasanten Talfahrt befinden, die durchaus bei der Bundestagswahl 2025 das erneute parlamentarische Aus für die FDP bedeuten kann.

Und wie man das stoppen kann?

Ganz einfach: Raus aus der Ampel! Raus! Raus! Raus! Am besten morgen früh, Mail an Bundeskanzler und Bundespräsident, Urkunden abholen im Schloss Bellevue und ab!

Aber sie werden es nicht tun, weil sie nicht die – Entschuldigung! – Eier dafür haben. Weil Ihnen unser Land weitgehend wurscht ist, weil sie kein Interesse haben, die üblen Entwicklungen zu stoppen. Und weil sie übrigens auch keine Partei des wirtschaftlichen Sachverstandes und der Vernunft mehr sind, keine Partei der Besserverdienenden, was ja in meinen Ohren gar nicht negativ klingt. Wer es zu etwas bringt durch eigene Arbeit – das sind doch die Leute, die hier den ganzen Bumms noch finanzieren. Aber die FDP ist „zu 70 Prozent heute eine linke Partei“, wie mit der Pressesprecher eines bundesweit bekannten FDP-Politikers mal abends beim Bier sagte.

Ich wiederhole mich, aber ich bleibe dabei: Wenn die FDP zum Jahresende noch Teil dieser

Bundesregierung ist, dann können die Mitglieder der Bundestagsfraktion schon Umzugskisten zu bestellen. Dann ist demnächst Feierabend für Magenta. So, wie Feierabend für die Fußkranken des Sozialismus sein wird, wenn Frau Wagenknecht durchzieht (wovon ich ausgehe).

Und dann bleibt noch Bundes-Olaf mit seiner 14-Prozent-SPD

Auch der hat nicht mehr viel Zeit. Auch der sollte schnellstmöglich die Reißleine für seine heillos überforderte Trümmer-Regierung ziehen und die Union zur Bildung einer Großen Koalition einladen. Ich halte für wahrscheinlich, dass es noch in diesem Jahr so kommen wird. Denn sonst ist 2024 politisches Armageddon in Deutschland.

Wird Frau Wagenknecht das traditionelle Parteiensystem endgültig sprengen?

Sahra Wagenknecht ist eine beeindruckende Frau, keine Frage. Sie ist intellektuell außergewöhnlich und bei Debatten scharfzüngig, und manchmal wirkt sie in TV-Runden eiskalt...

Die ehemalige Linke-Politikerin, die heute in der Hauptstadt die Gründung des Vereins „Bündnis Sahra Wagenknecht“ angekündigt hat, aus dem in den kommenden Monaten eine Partei werden soll, hat die Fähigkeit, das traditionelle deutsche Parteiensystem nachhaltig zu rocken, zumindest zu zerstören.

Wagenknecht, geboren im Juli 1969 in Thüringen, hat die DDR noch verteidigt, als es die gar nicht mehr gab. Trotz all der unschönen Dinge, die man nach der Wende und der Wiedererlangung der Deutschen Einheit erfahren hat, über das miese SED-System, über 100.000 Stasi-Spitzel, Mauer und Selbstschussanlagen, Zwangsadoptionen und Knäste wie Bautzen und Hohenschönhausen, wo Menschen eingesperrt wurden, die sich eine eigene Meinung zum sozialistischen System erlaubten.

Ich habe viele DDR-Deutsche kennengelernt, die erbärmlich gelitten haben damals. Viele meiner Freunde habe ich „drüben“ getroffen 1989 und 1990 und pflege bis heute tiefe Freundschaften in Ost-Berlin, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Aber ich kenne auch die anderen, die 30 Jahre danach die Vergangenheit erklären, dass nicht alles schlecht gewesen sei, natürlich nicht. Es ist nie alles schlecht in jedem System. Und man schwelgt in Kindheitserinnerungen, von der Datsche, dem ersten Wartburg, Reisen nach Bulgarien und Spreewaldgurken. Ich verstehe das alles sehr gut, wenn ich an das Deutschland meiner Jugend denke, an meine lippische Heimat, dann die aufregenden Jahre in Berlin zwischen 1988 und 1995, dann packt mich regelmäßig Sentimentalität.

So wie Sahra Wagenknecht die Sentimentalität vieler Ostdeutscher nährt. Eine, die sich nicht hat verbiegen lassen, die dem Sozialismus bis heute ebenso die Treue hält wie der politischen

Waffenbrüderschaft mit den Genossen in Moskau. Sahra Wagenknecht ist eine Sozialistin, man sagt ihr nach, sie verehere Rosa Luxemburg, keine Ahnung, ob das stimmt. Zutrauen darf man es der Ehefrau des früheren SPD-Chefs Oskar Lafontaine. Wenn man im Saarland in einer opulenten Villa sitzt, von Spitzenköchen verwöhnt wird, und maßgeschneiderte Escada-Fummel trägt, dann kann man gut für den Sozialismus sein.

Wenn man am unteren Rand der Gesellschaft lebt und seine Hoffnungen auf Frau Wagenknecht und ihr neues Projekt setzt, ist das nicht zu empfehlen. Sozialismus hat noch nie irgendwo funktioniert, weil Sozialismus der Natur des Menschen diametral widerspricht. Weil Sozialismus immer mit Gewalt zusammenhängt, immer die Armut des betroffenen Volkes mehrt. Egal, ob in Russland, der DDR, Venezuela oder Kuba, wo wenigstens das Wetter und die Zigarren besser sind.

++Bitte spenden Sie über PayPal @TheGermanZ oder per Überweisung auf unser Konto DE03 6849 2200 0002 1947 75++

Heute kritisierte Wagenknecht in Berlin die Ampel-Regierung unter Olaf Scholz als die „schlechteste Regierung der Geschichte“. Da wird niemand von uns widersprechen, wenn wir die Geschichte Westdeutschlands seit 1949 zum Maßstab nehmen.

Und dann zauberte die smarte Sozialistin ihre Handwerkzeuge des Stimmenfangs aus dem Hut. Deutschland brauche bezahlbare Energie, sagt sie zurecht. Und wie bekommt man die? Klar, wenn man die bösen, bösen Sanktionen gegen das arme Russland endlich aufhebt. Und natürlich - da freut man sich in der Obersten Heeresführung im Kreml besonders - soll der Westen auch keine Waffen an die Ukraine mehr liefern, damit die endlich unterworfen werden kann, als Protektorat in großen Teilen der Russischen Föderation zugeschlagen. 200.000 Tote, vergewaltigte Frauen, verschleppte Kleinkinder? Schwamm drüber...

Und dann, das macht sie und ihre Partei so spannend, wettet sie gegen unregelmäßige Zuwanderung nach Deutschland. Was ein echtes Problem für die AfD und ihren Höhenflug in Ostdeutschland werden könnte. Denn was man dort noch weniger will als im Westen Deutschlands, sind weitere Syrer, Afghanen und Nordafrikaner in Kleinstädten in Sachsen und Thüringen. Und wenn eine beeindruckende Frau wie Sahra Wagenknecht antritt und Ostalgie, naive Träume vom - diese Mal aber wirklich funktionierenden - Sozialismus mit der Ablehnung von Hunderttausenden Fremden aus dem islamischen Kulturkreis verbindet, dann hat das erhebliche Sprengkraft.

Entscheidend wird aber letztlich sein, was die beiden Elefanten im Raum - Scholz und Merz - nach den Wahlergebnissen in Hessen und Bayern jetzt tun wollen. Wie in der Schweiz und überall in Europa ist die Ablehnung der Massenmigration das wichtigste Thema auch bei zukünftigen Wahlen. Wenn Scholz nicht die Kraft aufbringt, das unselige Bündnis mit Grünen und FDP aufzukündigen, und sich mit Merz auf einen Masterplan einigt, in dem geschlossene Grenzen und strikte Abschiebung nicht nur markig gefordert, sondern auch energisch durchgesetzt wird, dann werden die etablierten Parteien in Deutschland bei den anstehenden Landtags-, Europa- und Bundestagswahlen ein Armageddon erleben, wie es diese Republik seit Jahrzehnten nicht erlebt hat.

Und dann wird Sarah Wagenknecht zur wichtigsten Politikerin im Land....